

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	17
<b>Erster Teil: Beihilfe und Unionsrecht</b> .....	23
<b>§ 1. Prinzipien des Beihilferechts</b> .....	23
<b>A. Der Anwendungsvorrang des Unionsrechts</b> .....	23
<b>I. Der <i>effet utile</i></b> .....	23
<b>II. Der <i>effet direct</i></b> .....	26
<b>B. Die Rückforderung von rechtswidrigen Beihilfen</b> .....	27
<b>I. Die Rechtswidrigkeit der Beihilfe</b> .....	28
1. Die formelle Rechtswidrigkeit infolge einer Nichtnotifizierung .....	28
2. Die materielle Rechtswidrigkeit: Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt .....	30
a) Das Kriterium der Öffentlichkeit der Hilfe .....	31
(1) Der Fall <i>Stardust</i> .....	32
(2) Der Fall <i>PreussenElektra</i> .....	34
(3) Der Fall <i>Pearle BV</i> .....	35
b) Die Selektivität der Maßnahme .....	36
c) Die Beeinträchtigung des Wettbewerbs .....	39
d) Die Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels .....	40
<b>II. Die Anordnung der Rückforderung</b> .....	41
1. Die Anordnung durch die nationalen Instanzen .....	41
2. Die Anordnung durch die Kommission .....	42
a) Die einstweilige Rückforderung .....	43
b) Die Rückforderungsanordnung .....	44
3. Die Grenzen der Rückforderungsanordnung .....	48
<b>Zweiter Teil: Die Rücknahme der europarechtswidrigen staatlichen Beihilfe in Deutschland</b> .....	49
<b>§ 1. Das Wahlrecht der Verwaltung</b> .....	49
<b>A. Die Art der Beihilfegewährung nach Maßgabe der Rückabwicklungsmethode und die <i>Zwei-Stufen-Theorie</i></b> .....	49

I.	Die <i>Zwei-Stufen-Theorie</i> . . . . .	49
II.	Die <i>Zwei-Stufen-Theorie</i> und das Beihilferecht . . . . .	51
1.	Der Fall <i>Ostdeutsche Werften</i> . . . . .	52
2.	Bewertung der Lösung . . . . .	54
B.	Die Rückforderung der durch öffentlich-rechtlichen Vertrag zustande gekomenen Beihilfe. . . . .	55
I.	Die Möglichkeit der Vertragsanpassung nach § 60 Abs. 1 VwVfG . . . . .	56
II.	Die Rückabwicklung durch den allgemeinen öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruch . . . . .	59
1.	Das Fehlen eines rechtlichen Grundes: Der Wegfall der Geschäftsgrundlage und die Vertragsanpassung . . . . .	59
2.	Die Anwendung des § 58 Abs. 2 VwVfG: Eintritt des Vertrags anstelle eines Verwaltungsakts . . . . .	60
3.	Kein Ausschluss des Rückerstattungsanspruchs . . . . .	61
4.	Zusammenfassung . . . . .	61
§ 2.	Die Rückforderung rechtswidriger Beihilfe durch die Rücknahmeregelung . . . . .	63
A.	Die Rücknahme und der Widerruf nach §§ 48, 49 im Allgemeinen . . . . .	63
I.	Die Rücknahme eines rechtswidrigen belastenden Verwaltungsakts nach § 48 Abs. 1 S. 1 VwVfG . . . . .	64
II.	Die Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakts . . . . .	65
1.	Die Regelungen des § 48 Abs. 2 VwVfG . . . . .	65
2.	Die Erstattung des Erlangten bei der Rücknahme des Verwaltungsakts (§ 49a VwVfG) . . . . .	66
3.	Die Regelungen des § 48 Abs. 3 VwVfG . . . . .	66
4.	Die Regelungen des § 48 Abs. 4 VwVfG . . . . .	66
III.	Der Widerruf nach § 49 VwVfG. . . . .	67
1.	Der Widerruf eines rechtmäßigen belastenden Verwaltungsakts nach § 49 Abs. 1 S. 1 VwVfG . . . . .	67
2.	Der Widerruf eines rechtmäßigen begünstigenden Verwaltungsakts nach § 49 Abs. 2 VwVfG: Der Widerruf mit Wirkung für die Zukunft. . . . .	68
3.	Der Widerruf eines rechtmäßigen begünstigenden Verwaltungsakts nach § 49 Abs. 3 VwVfG: Der Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit . . . . .	69
4.	Der Widerruf des Subventionsbescheides nach § 49 Abs. 2 und 3 VwVfG . . . . .	70
IV.	Zum Sachverhalt . . . . .	71
V.	Bewertung der Lösung . . . . .	72
B.	Die Rücknahme einer durch Verwaltungsakt gewährten Beihilfe nach § 48 VwVfG . . . . .	76
I.	Die Rechtswidrigkeit des ursprünglichen Bewilligungsbescheids . . . . .	76

II.	Der Begriff der Begünstigung i. S. d. § 48 Abs. 2 S. 1 VwVfG .....	77
III.	Schutzwürdiges Vertrauen und Voraussetzungen des § 48 VwVfG .....	78
IV.	Die Voraussetzungen des Vertrauensschutzes nach § 48 VwVfG .....	79
C.	Die Problematik des Vertrauensschutzes .....	80
I.	Die Herkunft und Klassifizierung des Prinzips des Vertrauensschutzes .....	81
1.	Ein altes Prinzip .....	81
2.	Der Vertrauensschutz im Grundgesetz .....	82
II.	Der Inhalt des Vertrauensschutzes .....	84
D.	Die historische Entwicklung bis zur <i>Deutsche Milchkontor</i> -Entscheidung .....	84
I.	Die Kodifizierung und das Inkrafttreten des VwVfG: Änderungen und Inhalt .....	85
II.	Anpassungszeit und Intervention des BVerwG zu nationalen Problematiken: Die Entscheidung vom 25. Juni 1982 .....	86
1.	Zum Sachverhalt .....	86
2.	Die Bewertung der Lösung .....	87
E.	Die historische Entwicklung des deutschen Rechts: Rücknahmevorschriften von <i>Deutsche Milchkontor</i> bis <i>Alcan II</i> .....	88
I.	Die ersten Konflikte mit dem EG-Recht: Der <i>Deutsche Milchkontor</i> -Fall und seine Folgen ...	88
1.	Die Entscheidung <i>Deutsche Milchkontor</i> von 1982 .....	88
a)	Sachverhalt .....	88
b)	Die Lösung des EuGH .....	89
c)	Die Konsequenzen für das deutsche Recht .....	90
2.	Die Antwort des Großen Senats: Eine Lösung der nationalen „Probleme“ .....	91
a)	Die innerlichen Konflikte .....	91
b)	Inhalt der Lösung des BVerwG .....	92
c)	Bewertung der Lösung .....	93
d)	Grenzen der Lösung des Großen Senats .....	93
II.	Das Scheitern der Lösung im Hinblick auf das Gemeinschaftsrecht .....	94
1.	Der Fall des OVG Münster vom 26.11.1991 .....	95
a)	Die Lösung des OVG Münster: Ein Muster für eine europarechtskonforme Auslegung .....	95
b)	Auswertung des Vertrauensschutzes .....	97
c)	Auswertung der Problematik der Frist .....	98
2.	Der Fall des OVG Koblenz: Die Antinomie des Urteils vom OVG Münster .....	99

a)	Sachverhalt .....	99
b)	Rechtsgedankenweg des OVG Koblenz .....	99
c)	Bewertung der Lösung des OVG Koblenz .....	100
3.	Der Verweis an den EuGH .....	101
<b>F.</b>	<b>Die Antwort des EuGH: Die <i>Alcan II</i>-Entscheidung</b> .....	<b>102</b>
<b>I.</b>	<b>Die Wiederaufnahme der Logik der <i>Deutsche Milchkontor</i>-Entscheidung</b> .....	<b>102</b>
1.	Die Bestimmung der Reichweite der nationalen Rechtsgrundsätze .....	104
2.	Konsequenzen für das deutsche Verwaltungsrecht .....	105
<b>II.</b>	<b>Die Reaktionen zur <i>Alcan II</i>-Entscheidung</b> .....	<b>106</b>
<b>III.</b>	<b>Die Lehre aus der <i>Alcan</i>-Entscheidung und die Modifizierung des § 48 VwVfG</b> .....	<b>108</b>
<b>IV.</b>	<b>Die <i>Alcan II</i>-Implementierung</b> .....	<b>109</b>
1.	Die <i>Alcan II</i> -Implementierung durch das BVerwG .....	109
2.	Die <i>Alcan II</i> -Implementierung durch das BVerfG .....	111
a)	Kein Vorliegen eines ausbrechenden Rechtsakts. ....	111
b)	Der Anwendungsvorrang des Gemeinschaftsrechts und die Bindung an EuGH-Entscheidungen .....	111
3.	Konsequenzen für das deutsche Verwaltungsrecht: Kein schutzwürdiges Vertrauen wegen des Gemeinschaftsrechts. ....	112
4.	Bewertung der Lösung .....	113
<b>G.</b>	<b>Der Fall <i>Ölmühle</i>: Weitere Einschränkungen der aus dem Vertrauensschutzprinzip resultierenden Einrede</b> .....	<b>113</b>
<b>I.</b>	<b>Sachverhalt</b> .....	<b>114</b>
<b>II.</b>	<b>Die Bewertung des EuGH: Eingrenzung der nationalen Rechtsgrundsätze</b> .....	<b>114</b>
<b>III.</b>	<b>Bewertung der Lösung</b> .....	<b>115</b>
<b>H.</b>	<b>Zwischenfazit zur Verwendung des Prinzips des Vertrauensschutzes und der Modifizierung der §§ 48, 49 VwVfG</b> .....	<b>116</b>
<b>§ 3.</b>	<b>Vertrauensschutz und Lockerung der Bestandskraft?</b> .....	<b>117</b>
<b>A.</b>	<b>Das Urteil <i>Kühne&amp;Heitz</i></b> .....	<b>117</b>
<b>I.</b>	<b>Sachverhalt und Fragestellung</b> .....	<b>117</b>
<b>II.</b>	<b>Die Empfehlung des Generalanwalts</b> .....	<b>118</b>
<b>B.</b>	<b>Die Rechtslösung des EuGH: <i>effet utile</i> und <i>loyale Zusammenarbeit</i> über alles?</b> .....	<b>118</b>
<b>C.</b>	<b>Zwischenfazit zu den Konsequenzen der <i>Kühne&amp;Heitz</i>-Lösung</b> .....	<b>119</b>
<b>D.</b>	<b>Die Urteile <i>i-21 Germany</i> und <i>Arcor AG &amp; Co. KG</i>: Eingrenzung der <i>Kühne</i>-Rechtsprechung</b> .....	<b>121</b>

I.	Sachverhalt und Fragestellung .....	121
II.	Die Empfehlung des Generalanwalts: Tendenz zu einer Pflicht eines Wiederaufgreifens des Verfahrens .....	121
III.	Die Rechtslösung des EuGH: Die Beibehaltung der <i>Kühne</i> -Rechtsprechung .....	122
IV.	Bestandskraft durch Fristen und Rechtskraft .....	123
§ 4.	Fazit zum deutschen Recht .....	125
A.	Die „Reduzierung“ des Ermessens nach § 48 Abs. 1 S. 1 VwVfG .....	128
B.	Der Umfang der Rücknahme nach § 48 Abs. 1 S. 1 VwVfG .....	133
C.	Die Erstattungspflicht der europarechtswidrigen Beihilfen nach § 49a VwVfG .....	134
<b>Dritter Teil: Die Rückforderung der rechtswidrigen staatlichen Beihilfe in Frankreich.....</b>		<b>139</b>
§ 1.	Terminologische Schwierigkeiten und Begriffsbestimmungen.....	139
A.	Die Rechtsbelehrungsmittel .....	139
B.	Die terminologischen Probleme bei den Rechtsfolgen .....	141
§ 2.	Allgemeine Darstellung des französischen Verwaltungsrechts.....	141
A.	Ein ursprünglich richterrechtliches Regime .....	143
B.	Die Intervention des Gesetzgebers .....	144
C.	Die Kristallisation der Probleme des <i>Conseil d'État</i> .....	146
I.	Der <i>Conseil d'État</i> und die Literatur: Der „Dialog der Tauben“ .....	146
1.	Das widersprüchliche Verhalten des <i>Conseil d'État</i> .....	146
2.	Die offizielle Anerkennung des Vorrangs des Unionsrechts .....	147
II.	Die Rolle des Richters anhand der Rückwirkungskontrolle während der Annullierung. ....	147
1.	Die Annullierungsentscheidung und ihre Reichweite .....	147
2.	Die Grenzen der Rückwirkung: Das Zeichen der Richtermacht .....	148
D.	Der <i>Retrait</i> : Die Mischung des Widerrufs und der Rücknahme .....	150
I.	Der Inhalt des <i>Retrait</i> .....	150
II.	Der Begriff der <i>Création de droits</i> .....	150
E.	Exkurs: Die <i>Abrogation</i> – für die Zukunft und für bestehende Beihilfe geeignet .....	152
§ 3.	Die Hindernisse zur effektiven Umsetzung des Unionsrechts im Bereich des Beihilferechts.....	153
A.	<i>Acte clair</i> und <i>Acte éclairé</i> : Ursprung und Bedeutung .....	153

I.	Der Inhalt des <i>Acte clair</i> .....	154
II.	Die <i>Kühne&amp;Heitz</i> -Rechtsprechung: Beseitigung von Missbräuchen .....	156
III.	Der <i>Acte éclairé</i> .....	158
B.	Die unzureichende Berücksichtigung des Beihilferechts aufgrund der Interpretationsprobleme seitens des französischen Richters .....	159
I.	Die Theorie der <i>Acte de gouvernement</i> als Hindernis zur Rückforderung .....	160
1.	Die historische Entwicklung des Begriffs .....	161
2.	Der <i>Acte de gouvernement</i> : Eine politische Legitimation (unions-)rechtswidriger Verhalten ...	162
3.	Der <i>Borotra</i> -Plan: Die Verwendung der <i>Acte de gouvernement</i> .....	162
S4.	Der <i>Retrait</i> und das Beihilferecht: eine mühsame Modernisierung .....	163
A.	Die historischen Entwicklungen .....	163
I.	Die <i>Dame Cachet</i> -Entscheidung: Maßgebend für das Verwaltungsrecht .....	163
1.	Der Sachverhalt <i>Dame Cachet</i> .....	163
2.	Die Rechtsprechung <i>Dame Cachet</i> .....	164
II.	Die Entscheidung <i>Ville de Bagneux</i> : Eine ideale Lösung für die Beihilfe? .....	165
1.	Zum Sachverhalt <i>Ville de Bagneux</i> .....	165
2.	Bewertung der Lösung .....	166
III.	<i>Sieur Ève</i> und <i>Dame de Laubier</i> : Die Vorbereitung zu Rechtsprechungswechseln. ....	167
1.	Die <i>Sieur Ève</i> -Entscheidung .....	167
2.	Die <i>Dame de Laubier</i> -Entscheidung .....	168
IV.	Das Gesetz <i>DCRA</i> : Eine Multiplikation der Regime des <i>Retraits</i> .....	169
B.	Die <i>Ternon</i> -Entscheidung: Ein Anfang der Lösung .....	171
I.	Sachverhalt .....	171
II.	Der Begriff der <i>droits acquis</i> : Hindernis zur effektiven Rückforderung .....	172
III.	Die Trennung der Rücknahmefrist mit der Anfechtungsklage .....	173
IV.	Bedeutung für das Beihilferecht .....	173
C.	Die Entscheidung <i>Dame Soulier</i> : Die Subvention als „Rechtsbegünstigung“? .....	174
I.	Die <i>Ternon-Dame Soulier</i> -Rechtsprechung im Hinblick auf die Systematik des französischen Verwaltungsrechts .....	175
II.	Die <i>Ternon-Dame Soulier</i> -Rechtsprechung im Hinblick auf das Beihilferecht .....	176
D.	Die Entscheidung <i>Gardedieu</i> : Die Berücksichtigung der Haftung des Staates wegen seiner Gesetzgebung .....	177

I.	Sachverhalt der <i>Gardedieu</i> -Entscheidung .....	177
II.	Errungenschaft der <i>Gardedieu</i> -Entscheidung .....	177
III.	Die <i>Gardedieu</i> -Entscheidung im Bezug auf das Beihilferecht .....	178
E.	Die <i>Arcelor</i> -Entscheidung: Eine Loyalitätserklärung des <i>Conseil d'État</i> an die europäischen Höfe .....	178
F.	Die Entscheidung <i>VINIFLOHR</i> : Das Ende der <i>Actes de Gouvernement</i> im Hinblick auf das Notifizierungsverfahren .....	181
I.	Zum Sachverhalt .....	182
II.	Die <i>Conclusions</i> des <i>Commissaire du gouvernement</i> .....	182
III.	Rechtsfrage: Ist die Entscheidung der „Nichtnotifizierung“ vom Richter kontrollierbar? ...	183
IV.	Die Rechtslösung: Kein Vorliegen eines <i>Acte de gouvernement</i> .....	184
V.	Konsequenzen für den <i>Retrait</i> gemeinschaftsrechtswidriger rechtschaffender Bescheide ..	184
G.	Exkurs: Die Modernisierung des materiellen Verwaltungsverfahrensrechts zur Anwendung des EG-Rechts am Beispiel der <i>CELF/SIDE</i> -Entscheidungen .....	185
I.	Die <i>CELF/SIDE</i> -Entscheidungen .....	186
II.	Eine progressive Einführung des Prinzips des Vertrauensschutzes auch im französischen Verwaltungsrecht? .....	187
III.	Die Auswertung des Ersuchens des <i>Conseils d'État</i> mit der Vorlagefrage .....	190
§ 5.	Fazit zum französischen Recht .....	191
<b>Vierter Teil:</b>	<b>Abschließende Bewertung</b> .....	197
A.	Zusammenfassung der historischen Entwicklung .....	198
I.	Deutschland .....	198
II.	Frankreich .....	199
III.	Die Überformung der Rücknahme und des <i>Retraits</i> durch die europäische Ebene .....	201
B.	Rücknahme rechtswidriger Subventionsbescheide in den jeweiligen Rechtssystemen im Lichte der europäischen Rechtsprechung .....	203
I.	Rücknahme und <i>Retrait</i> : Ähnlichkeiten .....	203
II.	Rücknahme und <i>Retrait</i> : Unterschiede .....	203
1.	Der französische <i>Retrait</i> : Die Summe der Rücknahme und des Widerrufs .....	203
2.	Begriff des rechtschaffenden Verwaltungsakts und der „begünstigenden Natur“ des Verwaltungsakts .....	203
C.	Vertrauensschutz im deutschen und im französischen Recht .....	204
I.	Das deutsche Recht .....	204

II.	Das französische Recht .....	208
D.	Bestandskraft und Rechtskraft .....	211
I.	Der europäische Kontext .....	211
II.	Die französische Antwort .....	212
III.	Die deutsche Antwort .....	212
E.	Eine letzte Baustelle: Die Klarheit des nationalen Gesetzes .....	213
I.	Die deutsche Lage .....	213
II.	Die französische Lage und die Kodifikation .....	214
F.	Abschließendes Fazit .....	215
 <b>Fünfter Teil: Literaturverzeichnis .....</b>		<b>219</b>
§1.	Deutsche Literatur .....	219
§2.	Französische Literatur .....	228
§3.	Normative Texte .....	239
 <b>Sechster Teil: Rechtsprechungsverzeichnis .....</b>		<b>241</b>
§1.	Europäische Rechtsprechung .....	241
§2.	Deutsche Rechtsprechung .....	246
§3.	Französische Rechtsprechung .....	250